Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG)

I. Am 11.5.2001 haben Bundestag und Bundesrat dem Altersvermögensgesetz (AVmG) zugestimmt. Mit dem Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge wird die Alterssicherung auf eine weitere finanzielle Grundlage gestellt. Um „verschämte“ Armut insbesondere im Alter zu verhindern, wird eine bedarfsorientierte Grundsicherung eingeführt.

1. Nach Auffassung des Gesetzgebers sei für die Sicherung des Lebensstandards im Alter der eigenverantwortliche Aufbau einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge unerlässlich. Um dies zu ermöglichen fördert der Staat den Aufbau dieser Altersvorsorge durch eine Zulage bzw. staatliche Entlastung.

Nach den Bestimmungen des BSHG ist Hilfe zum Lebensunterhalt dem zu gewähren, der seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus seinem Einkommen und Vermögen, beschaffen kann. Zum Vermögen in diesem Sinne gehört das gesamte verwertbare Vermögen, dessen Einsatz oder Verwertung grundsätzlich verlangt werden kann, ehe Hilfe gewährt wird. Darunter würde auch ein Kapital fallen, das zum Zwecke einer zusätzlichen Altersvorsorge angesammelt wird (§ 88 Abs. 1 BSHG). Dies aber widerspricht den Zielen des AVmG. Deshalb soll ein Kapital einschließlich seiner Erträge, das der Altersvorsorge dient, ebenso wenig vorrangig zur Sozialhilfe eingesetzt werden, wie dies heute schon mit den aus den Beiträgen der gesetzlichen Rentenversicherung erworbenen Anwartschaften der Fall ist. Dies wird erreicht, indem in § 88 Abs. 2 Nr. 1 a BSHG eine weitere Ausnahme vom einzusetzenden Vermögen formuliert wird. Allerdings wird das Kapital, das der zusätzlichen Altersvorsorge dient, nur insoweit geschützt, als es aus staatlich geförderten Beiträgen gebildet wurde. Löst der Hilfeempfänger jedoch das Kapital aus der vorgesehenen Zweckbestimmung, so ist es vorrangig vor Sozialhilfeleistungen einzusetzen. Um den Einsatz des Kapitals zu sichern, ist in § 117 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BSHG ein Datenabgleich mit dem Bundesamt für Finanzen vorgesehen.

Das Altersvermögensgesetz (AVmG) ist am 1.1.2002 in Kraft getreten.

2. Mit den in Art. 12 des AVmG enthaltenen Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (GSiG), das zum 1.1.2003 in Kraft tritt, wird für alte und für dauerhaft voll erwerbsgeminderte Menschen eine eigenständige soziale Leistung vorgesehen, die den grundlegenden Bedarf für den Lebensunterhalt sicherstellt. Diese Leistung ist bedarfsorientiert, greift also nur dann, wenn das eigene Einkommen und Vermögen der Leistungsberechtigten nicht ausreicht, um den Grundbedarf abzudecken. Durch diese Leistung soll im Regelfall die Notwendigkeit für die Gewährung von Sozialhilfe vermieden werden.

Ältere Menschen machen Sozialhilfeansprüche häufig nicht geltend, weil sie vor allem den Unterhaltsrückgriff auf ihre Kinder befürchten. Diese Hauptursache für verschämte Altersarmut wird durch die bedürftigkeitsorientierte und steuerfinanzierte soziale Grundsicherung in Zukunft wegfallen.

Im Einzelnen umfasst die Grundsicherung folgende Leistungen:

- a) Antragsberechtigt sind Personen, die das 65. Lebensjahr vollendet haben oder Personen, die das 18. Lebensjahr vollendet haben und dauerhaft voll erwerbsgemindert sind.
- b) Die Leistung ist abhängig von der Bedürftigkeit. Eigenes Einkommen und Vermögen sind wie in der Sozialhilfe zu berücksichtigen.
- c) Unterhaltsansprüche gegenüber Eltern und Kindern von Grundsicherungsberechtigten gehören nicht zum verwertbaren Einkommen und Vermögen, sofern deren jährliches Gesamteinkommen unter einem Betrag von 100.000 Euro liegt.
- d) Der laufende und einmalige Bedarf für den Lebensunterhalt orientiert sich an den Regelsätzen nach dem BSHG. Zur Abdeckung des einmaligen Bedarfs wird neben dem maßgebenden Regelsatz laufend eine Pauschale in Höhe 15 Prozent des Eckregelsatzes gezahlt.
- e) Die Kosten der Unterkunft und Heizung werden wie in der Sozialhilfe in tatsächlicher Höhe berücksichtigt, allerdings nur, soweit sie angemessen sind.
- f) Aufwendungen für Kranken- und Pflegeversicherung sind in derselben Weise wie nach § 13 BSHG zu berücksichtigen.

- g) Für Personen, die gehbehindert sind (Schwerbehindertenausweis mit dem Merkzeichen „G“) wird ein Mehrbedarf in Höhe von 20 Prozent des maßgebenden Regelsatzes gezahlt.
- h) Die Bewilligung der Leistung erfolgt in der Regel für den Zeitraum von einem Jahr und wird jeweils neu erteilt, wenn die Bedürftigkeitsvoraussetzungen auch weiterhin vorliegen.

Träger der Grundsicherung sind die Kreise und kreisfreien Städte. Die örtliche Zuständigkeit bestimmt sich nach dem gewöhnlichen Aufenthalt des Anspruchsberechtigten gemäß § 4 Abs.1 GSiG. Die Durchführung der Grundsicherung soll getrennt von der Durchführung der Sozialhilfe erfolgen.

Die Finanzierung der Grundsicherung erfolgt aus Steuermitteln. Der Bund gleicht über einen Transfermechanismus im Rahmen des Wohngeldgesetzes den Ländern diejenigen Mehrausgaben (zum Teil) aus, die den Kreisen und kreisfreien Städten als Trägern der Sozialhilfe wie auch als Trägern der Grundsicherung unmittelbar auf Grund der gegenüber dem Sozialhilferecht besonderen Regelungen im GSiG entstanden sind.

Durch die Grundsicherung wird es für ältere Menschen sehr viel leichter, ihre berechtigten Ansprüche auch geltend zu machen. Außerdem wird die Lebenssituation erwerbsgeminderter Menschen, gerade auch derjenigen, die von Geburt oder früher Jugend an schwerstbehindert sind, deutlich verbessert.

3. a) Erwartete Fallzahlen und Personalbedarf

Nach den bisherigen Erhebungen in der Sozialhilfeabteilung I (HLU außerhalb von Einrichtungen) würden **403 Personen** ab dem 01.01.03 unter das GSiG und damit aus der Sozialhilfe entfallen. Darunter fallen 40 Ehepaare sowie 75 sog. „Mischfälle“ (1 Partner ist Berechtigter nach dem GSiG, einer bezieht nach wie vor Sozialhilfe), so dass von einer Fallzahlent-

lastung von **288 Fällen** in der Sozialhilfe ausgegangen werden kann. Die Zahl der Fälle in der Grundsicherung beträgt **362**.

In der Sozialhilfeabteilung II (HLU innerhalb von Einrichtungen) wird von derzeit feststehenden **5 Fällen** ausgegangen. Diese Zahl könnte sich noch auf ca. 10 Fälle erhöhen.

Das Anliegen der Grundsicherung ist die Beseitigung verschämter Armut. Der Gesetzgeber geht dabei davon von einer Dunkelziffer von 100 % aus, d.h. auf jeden Bezieher von HLU kommt eine weitere Person, die bisher HLU nicht in Anspruch genommen hat. Somit ist von einer **Mindestfallzahl von etwa 800 Fällen** auszugehen.

Entgegen der Zielrichtung des GSiG wird ein Teil der Anspruchsberechtigten auch künftig gleichzeitig Ansprüche auf Sozialhilfe haben. Dies betrifft vor allem folgende Personenkreise:

- Personen mit Anspruch auf Mehrbedarfszuschlag nach § 23 Abs. 4 BSHG (kostenaufwendige Ernährung)
- Personen mit einem größeren Bedarf an einmaligen Leistungen, der mit dem im Grundsicherungsanspruch enthaltenen pauschalen Betrag von 15 % des Eckregelsatzes nicht (ausreichend zeitnah) gedeckt werden kann (§ 21 BSHG)
- Personen mit Ansprüchen auf Hilfe in besonderen Lebenslagen

In der Ausschussdrucksache 14/1186 des BMA vom 23.01.2001 zu § 4 GSiG wird ausgeführt, dass davon ausgegangen wird, dass die Durchführung der Grundsicherung getrennt von der Durchführung der Sozialhilfe erfolgt. Im Schreiben des Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vom 07.06.02 wird die Auffassung vertreten, dass aus Praktikabilitätserwägungen heraus die Grundsicherung mit der Sozialhilfe zusammengelegt und sogar von dem gleichen Sachbearbeiter durchgeführt werden kann. Eine solche Zusammenlegung wird hier nicht befürwortet. Die zusätzliche Arbeitsbelastung für den einzelnen Sachbearbeiter ist nicht zumutbar. Es ist auf jeden Fall (schon aus Datenschutzgründen) eine doppelte Akten- Aktenzeichen- und Datenhaltung erforderlich. Weiter sind getrennte Bescheide zu fertigen. Die Arbeitsbelastung pro Grundsicherungsfall kann

sich u.U. verdoppeln. Hinzu kämen noch die Fälle, die bisher noch keine Sozialhilfe bezogen aber anspruchsberechtigt nach dem GSiG sind und von den vorhandenen Sachbearbeitern aufgefangen werden müssten. In Anbetracht der bereits jetzt vorhandenen kaum zu bewältigenden Arbeitsbelastung ist eine weitere Belastung nicht zumutbar. Des Weiteren war die Intention des Gesetzes (neben dem Verzicht auf den Rückgriff auf Eltern und Kinder) auch, dass den Berechtigten der Weg zum Sozialamt (= Sozialhilfe) erspart werden soll. Gerade dies wäre aber nach wie vor der Fall. Von Seiten SzA werden folgende organisatorische Überlegungen angestellt:

In der Abteilung SzA II wird ein eigenes kleines Sachgebiet Grundsicherung gebildet, wobei übergeordnete Aufgaben von der Gruppenleiterin Asyl (ehemalige Sozialhilfesachbearbeiterin) mitbetreut werden sollen. Unter Zugrundelegung des Schreibens des Staatsministeriums werden ergänzende HLU-Leistungen von dem Sachbearbeiter der Grundsicherung mit getrennter Aktenführung mit bearbeitet (Ausnahme „Mischfälle“, hier ist Antragstellung in beiden Abteilungen erforderlich). Bei dem einzelnen Sachbearbeiter kann auf Grund des voraussichtlichen Arbeitsanfalls und des Schwierigkeitsgrades von einer Fallzahl von ca. 300 ausgegangen werden (so z.B. auch das Institut für Verwaltungswissenschaften e.V. Gelsenkirchen), so dass von einem Personalbedarf von 2 bis 2 1/2 Stellen ausgegangen werden kann.

Da die Rentenversicherungsträger ihre Versicherten bereits im Rahmen der Rentenerhöhung auf die Grundsicherung hingewiesen haben und ab Oktober aufgrund ihrer gesetzlich verantworteten Informationspflicht die Anspruchsberechtigten massiv auf die Grundsicherung hinweisen werden, ist bereits ab sofort mit den ersten Anträgen bzw. Auskunftsverlangen zu rechnen. Hierfür steht ab sofort überplanmäßig Herr Blösl (mD) zur Verfügung, dessen Asyl-Stelle weggefallen ist. Gleichfalls steht die Gruppenleiterin Asyl (Frau Dörrer) zusätzlich zur Verfügung.

Ob sich eine Personaleinsparung in der Sozialhilfeabteilung ergibt, bleibt auch insbesondere im Hinblick auf die ab Oktober stattfindende Umorganisation mit neuer Fallzahlenbemessung abzuwarten.

GSiG – Anspruchsberechtigte haben Anspruch auf das allgemeine Wohngeld. Damit ist auch im Sachgebiet Wohngeld mit einer entsprechenden Zusatzbelastung zu rechnen.

b) Finanzielle Auswirkungen

Zu den finanziellen Auswirkungen können noch keine konkreten Zahlen genannt werden. Fest steht allerdings, dass es zu einer Mehrbelastung durch die Kommunen kommen wird.

Die Finanzierung der Grundsicherung erfolgt aus Steuermitteln. Dabei stellt der Bund pro Jahr 409 Mio € den Ländern zur Verfügung, die diese über einen Umlageschlüssel an ihre Kommunen verteilen sollen. Auf Bayern sollen 35 Mio € entfallen. Ein Verteilungsschlüssel ist noch nicht festgelegt. Die Spitzenverbände der Gemeinden in Bayern möchten jedoch erreichen, dass eine Spitzabrechnung erfolgt und der Freistaat eventuelle Deckungslücken ausgleicht.

Erstattet werden jedoch nur die **Mehrausgaben**, die durch die Grundsicherung entstehen. Es handelt sich hierbei um Mehrausgaben aufgrund des Rückgriffsverzichts gegenüber Eltern und Kindern der Grundsicherungsberechtigten, möglicher, über die pauschalierten einmaligen Leistungen hinausgehenden Bedarfe der Grundsicherungsberechtigten an weiteren einmaligen Leistungen sowie auf Grund der Kosten für die von den Rentenversicherungsträgern durchzuführende Prüfung einer dauerhaft vollen Erwerbsminderung bei Personen, die die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für eine entsprechende Rente nicht erfüllen.

Gem. § 4 Abs. 1 GSiG ist zuständig für die Leistung der Kreis oder die kreisfreie Stadt (Träger der Grundsicherung), in dessen Bereich der Antragsberechtigte seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Darunter fallen nunmehr auch die Ausländer (ausgenommen nur Asylbewerber nach § 1 AsylbLG) für die bisher der Bezirk überörtlicher Kostenträger war. In Fürth betrifft dies derzeit **145 Personen** die in die Grundsicherung fallen und damit zusätzlich den örtlichen Haushalt belasten.

Zusätzliche Personal- und Sachkosten sind nicht erstattungsfähig. Es bedarf auch eines Computerverfahrens, was für Hard- und Softwareausstattung für nicht unerhebliche Ausgabenmittel bedeutet.

c) organisatorische Erfordernisse

- Die Durchführung der Grundsicherung ist dem Sozialamt zuzuweisen.
- Durch das HOA ist eine personalwirtschaftliche Entscheidung über Schaffung der entsprechenden Stellen und deren Bewertung zu treffen.
- Es sind von der Kämmerei die entsprechenden Haushaltsstellen einzurichten und für Hard- und Softwareausstattung die entsprechenden Haushaltsmittel einzuplanen.

II. Zur Stadtratssitzung am 31.07.2002

Fürth, 11.07.2002
Referat IV